

Steuerwissenschaftliche Schriften

1

Heribert M. Anzinger

Anscheinsbeweis und tatsächliche Vermutung im Ertragsteuerrecht

Anwendungsgrundsätze am Beispiel der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu Liebhaberei und gewerblichem Grundstückshandel



Nomos

C. H. Beck



Steuerwissenschaftliche Schriften

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Christian Waldhoff, Universität Bonn

Band 1

Heribert M. Anzinger

Anscheinsbeweis und tatsächliche Vermutung im Ertragsteuerrecht

Anwendungsgrundsätze am Beispiel der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu Liebhaberei und gewerblichem Grundstückshandel



Nomos

C. H. Beck



Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Diss., 2005

ISBN 3-8329-2298-9

D 17

1. Auflage 2006

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Geleitwort

Die Reihe „*Steuerwissenschaftliche Schriften*“ will Steuern in einem umfassenden Sinn wissenschaftlich untersuchen.

Das Phänomen der Steuer ist Gegenstand vielfältiger Disziplinen: Die *Steuerrechtswissenschaft* analysiert Normstrukturen der Staatsfinanzierung auf allen Ebenen der Normenhierarchie. Gerade für das Steuerrecht besitzen die Verfassung und das Europäische Gemeinschaftsrecht herausragende Maßstäblichkeit. Die *Finanzwissenschaft* als Teil der Ökonomie untersucht aus dieser Perspektive Voraussetzungen und Wirkungen der Steuern, gibt in ihrem modernen Ansatz der Institutionenökonomik jedoch auch normative Impulse. Die *betriebliche Steuerlehre* als Teilgebiet der Betriebswirtschaftslehre bemüht sich um eine optimale Steuergestaltung auf Ebene der Unternehmen. Die *Steuergeschichte*, die gerade in jüngerer Zeit zu einem expandierenden Teil der Geschichtswissenschaft avanciert ist, erklärt die historische Entwicklung der Staatsfinanzierung. Zu den Forschungsgegenständen der *Politikwissenschaft* gehört die Analyse politischer Prozesse, die zu steuerrelevanten Entscheidungen führen. An die Seite der traditionsreichen *Finanzsoziologie* treten angesichts von Steuerwiderstand, Steuervermeidung und Steuerverweigerung finanzpsychologische Erkenntnisinteressen.

Alle diese Teildisziplinen widmen sich demselben Gegenstand, fächern ihn aber methodisch je unterschiedlich auf. Gemeinsam ist ihnen, dass sie das Phänomen der Steuer nicht auf den geschlossenen Nationalstaat beziehen, sondern in ihrem modernen Zugriff von vornherein auch grenzüberschreitend und vergleichend vorgehen.

Die „Steuerwissenschaftlichen Schriften“ sollen ihren Teil dazu beitragen, zwischen den Einzeldisziplinen, die sich seit Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts ausdifferenziert haben, die notwendigen Gesprächsfäden zu knüpfen. Dem Nomos-Verlag und dem Verlag C.H. Beck danken wir für ihre Bereitschaft, dieses interdisziplinäre Vorhaben mitzutragen.

Heidelberg und Bonn, im August 2006

Ekkehart Reimer Christian Waldhoff

Vorwort

Die Anwendungsbereiche des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung sind im Steuerrecht umstritten. Gleichwohl ist das Spektrum der Anwendungsfälle, in denen sich die Finanzrechtsprechung mit Anscheinsbeweisen und tatsächlichen Vermutungen befasst hat, außerordentlich weit. Die vorliegende Arbeit untersucht die Frage, ob und wie mit Hilfe des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung im Ertragsteuerrecht relevante Tatsachen im Besteuerungsverfahren und im Finanzgerichtsprozess festgestellt werden können. Der Aufbau der Arbeit spiegelt plastisch ein *Armin Spitaler* zugeschriebenes Zitat wider:

„Das Steuerrecht ist im Wissenschaftsgebäude eines der obersten Stockwerke. Wer zu ihm gelangen will, muss viele Stockwerke durchheilen.“

Als ich das Thema übernommen hatte, kannte ich dieses Zitat noch nicht. Später war mir nicht bewusst, wie viele Treppenstufen zwischen den Stockwerken liegen würden. In jedem Stockwerk waren indes spannende Gegenstände vorzufinden, die die wissenschaftliche Neugier beflügelten. Dazu gehören die Beiträge auf dem 46. Deutschen Juristentag 1966 in Essen. Dort wurde die Option erwogen, eine Art „Tiefenpsychologie des Anscheinsbeweises“ zu entwickeln und vom Anscheinsbeweis als einem „Zauberstab“ der Rechtspraxis gesprochen. Etwas zweifelhaft Spekulatives haftet dem Anscheinsbeweis und der tatsächlichen Vermutung bis heute an. Diese Arbeit will einen Beitrag dazu liefern, beide Institute in das rationale System der Rechtsanwendung einzuordnen und ihre Anwendungsmöglichkeiten sowie deren Grenzen aufzuzeigen.

Die Arbeit wurde vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Darmstadt im Wintersemester 2005/06 als rechtswissenschaftliche Dissertation angenommen. Das Thema geht auf die Anregung von Frau Professor *Dr. Susanne Sieker* zurück; sie hat das Promotionsverfahren auch nach ihrem Wechsel an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im SS 2004 engagiert betreut. Für zahlreiche fachliche Diskussionen, für methodische Hinweise und für den Rahmen, den sie mir als Doktorand und als Mitarbeiter an ihrem Fachgebiet für Deutsches und Internationales Finanz- und Steuerrecht geschaffen hat, danke ich ihr sehr. Ebenso danke ich Herrn Professor *Dr. Uwe H. Schneider* für die prompte Erstellung des Zweitgutachtens.

Danken möchte ich ferner Herrn Professor *Dr. Ulrich Burgard* für wertvolle Hinweise und ermutigende Anmerkungen in einem frühen Stadium der Arbeit, der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft für die Verleihung des Albert-Hensel-Preises 2006, dem Nürnberger Steuergespräche e.V. für die Verleihung eines Förderpreises 2006, meiner früheren Kollegin *Veronika Siegrist* und den Herren *Dr. Harald Lindemann* und *Christian Trottmann* für

fachliche Diskussionen und freundschaftlichen Rat sowie Frau *Dolores Engler* für die solide Verbindung zur Realität. Stellvertretend für alle, die in der Vergangenheit am Aufbau der Juristischen Gesamtbibliothek des Fachbereichs beteiligt waren und für diejenigen, die heute weiter dazu beitragen, danke ich Frau Dipl. Bibliothekarin *Jutta Fischer* für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die die Bibliothek mir geboten hat.

Herrn Professor *Dr. Ekkehart Reimer* und Herrn Professor *Dr. Christian Waldhoff* danke ich für die herzliche Aufnahme der Arbeit in die neu begründete Reihe „Steuerwissenschaftliche Schriften“; dem Nomos-Verlag für die umsichtige verlegerische Betreuung.

Die Entstehung einer Dissertation fällt oft auch privat in einen bewegten Lebensabschnitt. Zeitlich parallel zu den Ideen, die sich in dieser Arbeit wieder finden, sind meine Kinder Serafina und Helena geboren worden. Ohne starke Partnerin, die mir vieles abgenommen, mich aber zu Recht nicht von allen väterlichen Freuden befreit hat, wäre auch diese Arbeit nicht möglich gewesen. Nicht nur dafür geht mein inniger Dank an sie.

Darmstadt, im August 2006

Heribert Anzinger

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Erstes Kapitel Einleitung

§ 1 Einführung	1
§ 2 Ausgangsbefund	3
§ 3 Ziel, Gegenstand und Gang der Untersuchung	15

Zweites Kapitel Grundlagen und Strukturen des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung im Zivil- und Verwaltungsrecht

§ 4 Die Ursprünge des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung – Von den Justinianischen Praesumptionen zum Beweis des ersten Anscheins	19
§ 5 Die Grundlagen des Anscheinsbeweises im Zivilrecht	31
§ 6 Der Anscheinsbeweis im Allgemeinen Verwaltungsrecht	118
§ 7 Die tatsächliche Vermutung im Zivil- und Verwaltungsrecht	134
§ 8 Ergebnisse des Zweiten Kapitels	142

Drittes Kapitel Der Anscheinsbeweis und die tatsächliche Vermutung im System des Steuerrechts

§ 9 Rechtsnatur und Anwendungsgrundsätze im Steuerrecht	148
§ 10 Zur Revisibilität des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung	208
§ 11 Ergebnisse des Dritten Kapitels	224

Inhaltsübersicht

Viertes Kapitel
Anwendungsfälle im Ertragsteuerrecht

§ 12 Zwei Fallgruppen aus der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	229
§ 13 Ergebnisse des Vierten Kapitels	340

Fünftes Kapitel
Schlussbetrachtung

§ 14 Anscheinsbeweis und tatsächliche Vermutung zwischen Rationalität und Praktikabilität	343
Thesen	354
Literaturverzeichnis	357
Stichwortverzeichnis	397

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XXXI
----------------------------	------

Erstes Kapitel Einleitung

§ 1	Einführung	1
§ 2	Ausgangsbefund.....	3
	A. Anscheinsbeweis und tatsächliche Vermutung in der Steuerrechtspraxis	3
	B. Vorläufige Beschreibung der Untersuchungsgegenstände	7
	C. Bestandsaufnahme im steuerrechtlichen Schrifttum	12
§ 3	Ziel, Gegenstand und Gang der Untersuchung	15
§ 4	Die Ursprünge des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung	19
	A. Der begriffliche Ursprung des Prima-facie-Beweises im Seerecht	19
	B. Von der legalen Beweistheorie zurück zu den Justinianischen Praesumptionen	20
	C. Vermutungssätze im Recht der preußischen Staaten.....	26
	D. Das Fortwirken der Vermutungssätze in der freien Beweiswürdigung.....	28
§ 5	Die Grundlagen des Anscheinsbeweises im Zivilrecht.....	31
	A. Anwendungsfälle in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	32
	I. Kausalität und Verschulden als Hauptanwendungsfall des Anscheinsbeweises im Zivilrecht	32
	II. Die Affinität von Kausalität und Verschulden zum Anscheinsbeweis	32
	1. Kausalität und Verschulden als „Komplexbegriffe“ des Rechts	32

Inhaltsverzeichnis

2. Kausalität und Verschulden in typischen Beweisnotsituationen	33
3. Kausalität und Verschulden als Gegenstand der Lebenserfahrung	33
4. Die Schiffskollisionsfälle als klassische Anwendungsfälle des Anscheinsbeweises	34
III. Das zwiespältige Verhältnis der Zivilrechtsprechung zur Anwendung des Anscheinsbeweises auf innere Tatsachen	35
B. Rechtsnatur und Abgrenzung des Anscheinsbeweises	37
I. Die praktische Bedeutung der Rechtsnatur des Anscheinsbeweises	37
II. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Rechtsnatur des Anscheinsbeweises	38
III. Die Theorien der Zivilrechtswissenschaft zur Rechtsnatur des Anscheinsbeweises	40
1. Der Anscheinsbeweis als Beweislastregel	40
a) Die scheinbare Auswirkung des Anscheinsbeweises auf die (objektive) Beweislastverteilung	40
b) Die Wesensunterschiede zwischen dem Anscheinsbeweis und einer Beweislastentscheidung	41
aa) Dogmatische Wesensunterschiede zwischen einer Beweislastregel und dem Anscheinsbeweis	41
(1) Der Anscheinsbeweis als Mittel zur Vermeidung einer Beweislastentscheidung	41
(2) Die Idee vom Anscheinsbeweis als einem konkret-individuellen Mittel der Sachverhaltsfeststellung	42
(3) Zwischenergebnis: Logische Unvereinbarkeit von Anscheinsbeweis und Beweislastregel	43
bb) Die unterschiedliche Wirkungsweise des Anscheinsbeweises und der Beweislastregel	44
cc) Der auf die konkrete Beweisführungslast beschränkte Einfluss des Anscheinsbeweises	44
2. Der Anscheinsbeweis als Modifikation des materiellen Rechts	46
a) Gegenstand und Herleitung der materiellrechtlichen Theorie zum Anscheinsbeweis	46

Inhaltsverzeichnis

b)	Die Kritik an der materiell-rechtlichen Theorie in der Literatur.....	49
c)	Das Verhältnis des Anscheinsbeweises zum materiellen Recht.....	50
aa)	Kritik an den in der Literatur verfolgten Argumentationsmustern.....	50
bb)	Die Möglichkeit der Kombination aus prozessualen und materiellen Beweiserleichterungen	52
cc)	Wechselwirkungen zwischen prozessualen und materiellen Beweiserleichterungen	53
(1)	Der Einfluss des materiellen Rechts auf die Anwendung des Anscheinsbeweises im Einzelfall	53
(2)	Der fehlende Einfluss des materiellen Rechts auf die Grundsätze des Anscheinsbeweises	55
(3)	Die Möglichkeit der Nachbildung der Grundsätze des Anscheinsbeweises im materiellen Recht	56
3.	Der Anscheinsbeweis als Element der freien Beweiswürdigung	58
a)	Der Anscheinsbeweis als Instrument der richterlichen Überzeugungsbildung.....	58
b)	Das Verhältnis der „Beweismaßtheorie“ zur „Beweiswürdigungstheorie“.....	60
c)	Die Erfahrungsregeln des Anscheinsbeweises: Mit dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung unvereinbare Beweisregeln?.....	61
4.	Der Anscheinsbeweis als Beweismaßmodifikation	65
a)	Mögliche Korrelationen zwischen Anscheinsbeweis und Beweismaß.....	66
aa)	Systemimmanente Beweismaßabsenkung durch den Anscheinsbeweis?.....	66
bb)	Faktische Verknüpfung von Anscheinsbeweis und Beweismaßabsenkung?.....	67
b)	Die Qualität der Erfahrungssätze als Charakteristikum für das Beweismaß beim Anscheinsbeweis.....	68
c)	Die fehlende „Kompetenz“ des Anscheinsbeweises zur Beweismaßabsenkung.....	69
5.	Zusammenfassung.....	70

Inhaltsverzeichnis

IV. Folgerungen für die Abgrenzung des Anscheinsbeweises zum Vollbeweis und zum Indizienbeweis	71
1. Anscheinsbeweis und Vollbeweis.....	71
2. Das Verhältnis von Anscheinsbeweis und Indizienbeweis	72
a) Die Gemeinsamkeiten von Anscheins- und Indizienbeweis.....	72
b) Einige besondere Charakteristika des Indizienbeweises	73
c) Die Unterscheidungsmerkmale des Anscheinsbeweises	74
aa) Gesamtbetrachtung statt Gesamtwürdigung	74
bb) Die Abgrenzung von Erfahrungsregeln für den Einzelfall zur Gesamtwürdigung im Einzelfall.....	75
d) Die Aufklärungsintensität als zentraler Wesensunterschied	75
e) Praktische Konsequenzen aus dem Wesens- unterschied zwischen Anscheins- und Indizienbeweis – Ausblick ins Steuerrecht.....	76
V. Der Anscheinsbeweis zwischen Rechtsanwendung und Sachverhaltsfeststellung	77
1. Der Anscheinsbeweis: Eine Mimikry der Rechtsanwendung?	77
2. Ein Beispiel aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs: Die Feststellung der Sittenwidrigkeit bei wucherähnlichen Geschäften	78
a) Zwei Wege zur Feststellung der Sittenwidrigkeit bei wucherähnlichen Geschäften auf der Ebene der Rechtsanwendung.....	78
b) Der „dritte Weg“ der Rechtsprechung zur Fest- stellung der Sittenwidrigkeit bei wucherähnlichen Geschäften auf der Ebene der Tatsachenfeststel- lung.....	80
3. Die Attraktivität des Anscheinsbeweises für die Rechtsprechung.....	80
4. Der methodische Beurteilungsspielraum zwischen Tat- und Rechtsfrage.....	81
5. Der Anscheinsbeweis als Symptom einer fließenden Grenze zwischen Tat- und Rechtsfrage.....	84

Inhaltsverzeichnis

C. Voraussetzungen der Anscheinsbeweissführung	85
I. Gegenstand der Anscheinsbeweissführung	85
II. Anforderungen an die Sätze der Lebenserfahrung	86
1. Das Regelbeweismaß als Qualitätsmaßstab	86
2. Der „ <i>typische Geschehensablauf</i> “ - Markenzeichen und Voraussetzung des Anscheinsbeweises in der Rechtsprechung	86
a) Die Umschreibung des „typischen Geschehensablaufs“ durch den BGH	86
b) Der „typische Geschehensablauf“ und menschliche Willensentschließungen	87
3. Der qualitative Ansatz zur Beschreibung der Voraussetzungen des Anscheinsbeweises von <i>Hainmüller</i> und <i>Prütting</i>	89
a) Erfahrungsgesetze („wenn – dann immer“)	90
b) Erfahrungsgrundsätze („wenn – dann meist“)	90
c) Einfache Erfahrungssätze („wenn – dann oft“)	91
d) Vorurteile („wenn – dann manchmal oder nie“)	92
4. Die Rationalität subjektiver Wahrscheinlichkeits- urteile als Maßstab für die Erfahrungsregeln des Anscheinsbeweises	92
a) Die Diskussion um den Individualanscheinsbeweis	92
b) Der Anscheinsbeweis als Wahrscheinlichkeitsaussage	93
c) Subjektive Wahrscheinlichkeitsurteile als Grundlage des Anscheinsbeweises	94
aa) Der objektiv-statistische Ansatz und seine Unvereinbarkeit mit der Realität	94
bb) Erfahrungsregeln als Produkt abstrakter Wahrscheinlichkeiten und rationaler Überlegungen	96
cc) Der subjektive Wahrscheinlichkeitsbegriff als Grundlage für juristische Wahrscheinlich- keitsurteile	97
(1) Der subjektive Wahrscheinlichkeitsbegriff in der Entscheidungstheorie	97
(2) Die Übertragbarkeit des subjektiven Wahrscheinlichkeitsbegriffs auf juristische Einzelfallentscheidungen	98

Inhaltsverzeichnis

(3) Die Rationalität subjektiver Wahrscheinlichkeitsurteile.....	99
(a) Der normativ-subjektive Wahr- scheinlichkeitsbegriff von Nell.....	99
(b) Die Rationalität von Erfahrungsregeln als Ergebnis eines Diskurses zwischen den Prozessbeteiligten und über die Instanzen.....	101
dd) Ergebnis.....	102
5. Das Modell des <i>Homo oeconomicus</i> als Grundlage für einen Anscheinsbeweis über „innere Tatsachen“.....	103
III. Zur Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigung für die Anscheinsbeweissführung.....	109
1. Der Anscheinsbeweis – eine Frage der Billigkeit? – Zur Voraussetzung der typischen Beweisnotsituation –.....	109
a) Die Verbindung des Anscheinsbeweises mit Billigkeitserwägungen.....	109
b) Einordnung der Billigkeitsüberlegungen.....	110
2. Der mögliche und zumutbare Gegenbeweis: Eine Zulässigkeitsvoraussetzung des Anscheinsbeweises?.....	111
3. Die Koordinierungsfunktion der obergerichtlichen Rechtsprechung als Rechtfertigung und Begrenzung des Anscheinsbeweises.....	113
4. Zwischenergebnis.....	113
IV. Die Anforderungen an den Gegenbeweis (Erschütterungsbeweis).....	114
1. Allgemeine Anforderungen an die Entkräftung des Anscheinsbeweises.....	114
2. Der Gegenbeweis zum Anscheinsbeweis über innere Tatsachen.....	115
3. Ergebnis.....	118
§ 6 Der Anscheinsbeweis im Allgemeinen Verwaltungsrecht.....	118
A. Die Anknüpfung an die zivilrechtliche Einordnung.....	120
B. Der Anwendungsbereich des Anscheinsbeweises im Verwaltungsrecht.....	122
I. Anwendungsspektrum in der Verwaltungsrechtsprechung.....	122

Inhaltsverzeichnis

II. Der Anscheinsbeweis über innere Tatsachen im Verwaltungsrecht.....	123
1. Die sog. „Ersternennungs-“ und die sog. „Alte Kämpfer“-Vermutung	123
2. Die dezidierte Position des BVerwG zur Nichtanwendung des Anscheinsbeweises auf innere Tatsachen	124
3. Die tatsächliche Anwendung des Anscheinsbeweises auf innere Tatsachen in den sog. „Ausreisefällen“	124
4. Die Rezeption der Rechtsprechung im verwaltungsrechtlichen Schrifttum	126
5. Zwischenergebnis.....	127
C. Der Einfluss des Untersuchungsgrundsatzes.....	127
I. Die Vereinbarkeit der Grundsätze des Anscheinsbeweises mit dem Untersuchungsgrundsatz.....	127
II. Konsequenzen aus der Geltung der Untersuchungs- maxime für den Erschütterungsbeweis und die Mitwirkungspflichten der Verfahrensbeteiligten	130
III. Der Anscheinsbeweis als gleichrangiges Mittel der Sachverhaltsaufklärung im Verwaltungsverfahren- und im Verwaltungsprozessrecht.....	132
D. Ergebnis.....	133
§ 7 Die tatsächliche Vermutung im Zivil- und Verwaltungsrecht	134
A. Die Rolle der tatsächlichen Vermutung und ihre Kritik.....	134
B. Dogmatische Einordnung der tatsächlichen Vermutung	135
I. Die tatsächliche Vermutung als Anscheinsbeweis.....	135
II. Die tatsächliche Vermutung als Indizienbeweis	136
III. Die Tatsachenvermutung und ihre Abgrenzung zur tatsächlichen Vermutung	136
IV. Die tatsächliche Vermutung als Beweislastregel und in der Rolle der Tatsachenvermutung	138
V. Tatsächliche Vermutungen und Vorurteile	141
VI. Ergebnis.....	141
§ 8 Ergebnisse des Zweiten Kapitels	142

Inhaltsverzeichnis

§ 9	Rechtsnatur und Anwendungsgrundsätze im Steuerrecht.....	148
A.	Der Anscheinsbeweis zwischen Rechtsanwendung und Sachverhaltsfeststellung.....	148
I.	Abstrakte Beschreibung und tatsächliche Verwendung in der Rechtsprechungspraxis der Finanzgerichte.....	148
II.	Der Anscheinsbeweis im Steuerrecht – Ein „bipolares Beweisanzeichen“?.....	150
III.	Der Anscheinsbeweis im Lichte der Oder-Konto-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.....	154
IV.	Vereinbarkeit der „reinen“ Lehre mit der tatsächlichen Verwendung des Anscheinsbeweises im Steuerrecht.....	158
V.	Ergebnis.....	159
B.	Steuerrechtliche Besonderheiten bei der Anwendung des Anscheinsbeweises.....	159
I.	Die allgemeinen Voraussetzungen und der besondere Hauptanwendungsbereich des Anscheinsbeweises im Ertragsteuerrecht.....	159
II.	Die Frage der Anwendbarkeit des Anscheinsbeweises auf innere Tatsachen im Steuerrecht.....	160
1.	Die faktische Verwendung des Anscheinsbeweises zur Feststellung innerer Tatsachen in der Finanzrechtsprechung.....	161
2.	Die Diskussion zum Anscheinsbeweis über innere Tatsachen im steuerrechtlichen Schrifttum.....	161
3.	Die Zulässigkeit des Anscheinsbeweises innerer Tatsachen als Frage tatsächlicher und notwendiger Überzeugungskraft von Erfahrungsregeln im Steuerrecht.....	163
III.	Das Beweismaß als Kriterium für die Anwendbarkeit des Anscheinsbeweises auf innere Tatsachen im Steuerrecht.....	164
1.	Das Regelbeweismaß im Steuerrecht.....	164
2.	Gründe für eine Herabsetzung des Beweismaßes und ihre Auswirkung auf die Begründung des Anscheinschlusses.....	167
a)	Strukturelle Nachweishindernisse als Rechtfertigungsgrund für die Kombination aus Anscheinsbeweis und Beweismaßabsenkung.....	167
aa)	Die ratio legis als Rechtfertigungsgrund für die Herabsetzung des Beweismaßes.....	167

Inhaltsverzeichnis

bb)	Strukturelles Nachweishindernis und sachtypischer Beweisnotstand als Rechtfertigungsgründe für die Herabsetzung des Beweismaßes.....	168
cc)	Absenkung des Beweismaßes auf den durch eine Gesamtwürdigung erreichbaren Grad der Überzeugung.....	170
dd)	Absenkung des Beweismaßes auf den durch einen Anscheinsbeweis erreichbaren Grad der Überzeugung.....	170
b)	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Praktikabilitätsabwägungen als Rechtfertigungsgrund für eine Beweismaßabsenkung.....	171
c)	Beweismaßorientierung an der Sphärenverantwortlichkeit der Beteiligten.....	173
3.	Ergebnis.....	176
IV.	Die Vorstellung vom Homo oeconomicus als Leitprinzip zur Formulierung von Erfahrungsgrundsätzen für innere Tatsachen.....	176
1.	Das Modell des Homo oeconomicus im Ertragsteuerrecht.....	176
2.	Die notwendige Verifikation des ökonomischen Handlungsmaßstabes durch einen ökonomischen Handlungskontext.....	177
3.	Entbehrlichkeit der Verifikation des ökonomischen Handlungsmaßstabes im Rahmen einer Beweismaßabsenkung.....	178
4.	Die Legitimation des ökonomischen Handlungsmaßstabes durch das festzustellende Tatbestandsmerkmal.....	180
5.	Der „größte persönliche Nutzen“ im Ertragsteuerrecht.....	181
6.	Ergebnis.....	183
V.	Die Feststellung der ursprünglichen Abbruchabsicht im Bilanzsteuerrecht als Beispiel für die Anwendung des Modells vom Homo oeconomicus.....	183
1.	Anknüpfungspunkte für einen Anscheinsbeweis.....	183
2.	Die Herleitung des von der Rechtsprechung herangezogenen Erfahrungsgrundsatzes.....	185

Inhaltsverzeichnis

C.	Anforderungen an die Entkräftung des Anscheinsbeweises im Steuerrecht	186
I.	Der Einfluss des Amtsermittlungsgrundsatzes auf den Anscheinsbeweis im Steuerrecht	186
II.	Die Funktion des Gegenbeweises im abgabenrechtlichen Prozess- und Verfahrensrecht	189
III.	Anforderungen an die Erschütterung des mit einer Beweismaßabsenkung verbundenen Anscheinsbeweises	190
1.	Das Verhältnis zwischen dem Beweismaß und den Anforderungen an die Gegenbeweissführung	190
2.	Die beweiserschwerende Wirkung des Anscheinsbeweises bei der Ermittlung der tatsächlichen Zweckbestimmung eines Wirtschaftsgutes	191
a)	Die Rolle des Anscheinsbeweises bei der Qualifikation von Arbeitsmitteln	191
b)	Die Rechtfertigung für eine Beweismaßabsenkung zur Erhöhung der Nachweiserfordernisse für erwerbsbedingte Aufwendungen	194
D.	Die tatsächliche Vermutung im Steuerrecht	195
I.	Der Begriff der tatsächlichen Vermutung im steuerrechtlichen Schrifttum	195
II.	Die Funktion der tatsächlichen Vermutung in der Finanzrechtsprechung	196
III.	Folgerungen für die Verwendung des Begriffs der tatsächlichen Vermutung im Steuerrecht	197
E.	Das Verhältnis des Anscheinsbeweises zu verwandten Instituten im Steuerrecht	199
I.	Die Abgrenzung des Anscheinsbeweises von Typisierungen und Pauschalierungen	199
1.	Die trennende Nähe des Anscheinsbeweises zur typisierenden Betrachtungsweise	199
a)	Die wesentlichen Charakteristika der typisierenden Betrachtungsweise	200
aa)	Unterstellung eines typischen Sachverhaltsgeschehens	200
(1)	Materielle Typisierung	201
(2)	Formelle Typisierung	201
bb)	Formelle Typisierung als Beweismaßabsenkung	202

Inhaltsverzeichnis

b) Der wesentliche Unterschied zwischen dem Anscheinsbeweis und der typisierenden Betrachtungsweise.....	202
aa) Zur Differenzierung nach Hilfsmittel oder Surrogat der Sachverhaltsermittlung	202
bb) Zur Differenzierung nach der Funktion zur Feststellung von Einzelmerkmalen oder Sachverhaltskomplexen	203
cc) Die unterschiedlichen Methoden des Anscheinsbeweises und der typisierenden Betrachtungsweise als entscheidendes Differenzierungskriterium	203
2. Die Abgrenzung der Pauschalierung zum Anscheinsbeweis.....	205
II. Die Abgrenzung des Anscheinsbeweises vom typologischen Ähnlichkeitsvergleich.....	206
§ 10 Zur Revisibilität des Anscheinsbeweises und der tatsächlichen Vermutung	208
A. Die Bindung des Revisionsgerichts an die tatsächlichen Feststellungen.....	209
I. Die grundsätzliche Begrenzung der Revision auf Rechtsfragen	209
II. Die Revisibilität des Anscheinsbeweises in der Rechtsprechung und ihre Kritik im Schrifttum.....	210
B. Revisibilität des Anscheinsbeweises als Durchbrechung der Tatsachenbindung.....	212
I. Die Erfahrungsgrundsätze des Anscheinsbeweises: Revisible Rechtsnormen?	212
II. Die Anwendung des Anscheinsbeweises als Rechtsanwendung?	214
III. Die Erfahrungsgrundsätze des Anscheinsbeweises: Ein immanenter Bestandteil der freien Beweiswürdigung	215
1. Die freie Beweiswürdigung – ein revisionsfreier Raum?	215
2. Die Begrenzung der freien Beweiswürdigung durch die Sätze der allgemeinen Lebenserfahrung.....	217
IV. Ergebnis.....	218

Inhaltsverzeichnis

C. Folgerungen für den Umfang der revisionsrichterlichen Kontrolle	219
I. Die Kompetenz des Revisionsgerichts zur Formulierung und Qualifizierung der allgemein anerkannten Regeln der Lebenserfahrung	219
II. Die Kompetenz des Revisionsgerichts zur Überprüfung der Beweiswürdigung auf die unberechtigte Berücksichtigung eines (falschen) Erfahrungsgrundsatzes	220
III. Die Kompetenz zur Kontrolle der Beweiswürdigung auf die unterbliebene Berücksichtigung eines anerkannten Erfahrungsgrundsatzes	220
IV. Die Kompetenzschränke der persönlichen Überzeugung des Richters bei der Anwendung eines allgemein anerkannten Erfahrungssatzes	221
V. Konsequenzen eines in der Revision festgestellten Anwendungsfehlers	221
D. Zum Umfang der revisionsrichterlichen Kontrolle tatsächlicher Vermutungen	222
§ 11 Ergebnisse des Dritten Kapitels	224
§ 12 Zwei Fallgruppen aus der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	229
A. Die Feststellung der Einkünfteerzielungsabsicht (Liebhaberei)	231
I. Anknüpfungspunkte für einen Anscheinsbeweis	231
1. Die Einkünfteerzielungsabsicht als (ungeschriebenes) Tatbestandsmerkmal aller sieben Einkunftsarten	231
2. Der so genannte „zweigliedrige“ Liebhabereibegriff	232
II. Der Anscheinsbeweis in der Liebhabereirechtsprechung	234
1. Anscheinssätze zur positiven Feststellung der Einkünfteerzielungsabsicht	234
a) Der Anscheinsbeweis der Einkünfteerzielungsabsicht bei typischen erwerbswirtschaftlichen Betätigungen	234
aa) Der Inhalt der zugrunde liegenden Erfahrungsgrundsätze	234
bb) Anforderungen an den Gegenbeweis	235
cc) Der tatsächliche Anknüpfungspunkt des Anscheinsbeweises	236

Inhaltsverzeichnis

dd) Rechtfertigung der zu Grunde liegenden Erfahrungsgrundsätze	238
(1) Das Modell des Homo oeconomicus als Ausgangspunkt	238
(2) Der Anscheinsbeweis der Einkünfte- erzielungsabsicht bei typischen gewerblichen Betätigungen	240
(3) Der Anscheinsbeweis der Einkünfteerzielungsabsicht bei freiberuflichen Betätigungen	240
b) Der Anscheinsbeweis der Gewinnerzielungs- absicht bei neu gegründeten Unternehmen	241
aa) Inhalt des zugrunde liegenden Erfahrungsgrundsatzes	241
bb) Anforderungen an den Gegenbeweis	242
cc) Rechtfertigung des Erfahrungsgrundsatzes	242
(1) Kein hinreichend tragfähiger Erfahrungs- grundsatz zur Ausfüllung des Regelbe- weismaßes	242
(2) Die Rechtfertigung des Anscheinsbe- weises durch die Kombination mit einer Beweismaßabsenkung	244
(a) Die Situation, die sich ohne Zulassung des Anscheinsbeweises ergeben würde	244
(b) Rechtfertigung einer Beweismaßab- senkung	245
(c) Ergebnis	247
2. Anscheinssätze und Vermutungen zur negativen Feststellung der Gewinn- oder Überschusser- zielungsabsicht	247
a) Anscheinssätze und Vermutungen als Reaktion der Rechtsprechung auf Steuersparmodelle	247
aa) Die tatsächliche Vermutung der fehlenden Einkünfteerzielungsabsicht von Verlustzu- weisungsgesellschaften	247
(1) Vermutung, Anscheinsbeweis und tatsäch- liche Vermutung der Einkünfteerzielungs- absicht	248
(2) Die „Verlustzuweisungsgesellschaft“ als Voraussetzung einer tatsächlichen Vermu- tung und eines Anscheinsbeweises	249

Inhaltsverzeichnis

(3) Die Definition der Verlustzuweisungs- gesellschaft - Prüfungsprogramm der Gewinnerzielungsabsicht	251
(4) Die Funktion der tatsächlichen Vermutung und des Anscheinsbeweises zur Bestim- mung der Gewinnerzielungsabsicht bei Verlustzuweisungsgesellschaften.....	252
(5) Die tatsächliche Vermutung als Ausdruck für eine Gesamtwürdigung zur Beurteilung der Gewinnerzielungsabsicht	252
(6) Die tatsächliche Vermutung der fehlenden Gewinnerzielungsabsicht als „Gegen-An- scheinsbeweis“?	253
bb) Der Beweis des ersten Anscheins bei den „Mietkaufmodellen“	254
(1) Wesensmerkmale der Mietkaufmodelle	255
(2) Der von der Rechtsprechung zur Ein- künfteerzielungsabsicht bei den Mietkauf- modellen aufgestellte Erfahrungsgrundsatz	255
(3) Die Anforderungen an die Gegenbeweisführung	256
(4) Einordnung und Rechtfertigung des Erfahrungsgrundsatzes	256
(5) Das Mietkaufmodell als Referenzanwen- dungsfall des Anscheinsbeweises	257
cc) Indizien und Vermutungen in der Rechtspre- chung zur Einkünfteerzielungsabsicht bei Beteiligungen an Bauherrenmodellen und geschlossenen Immobilienfonds	258
b) Die Feststellung der Einkünfteerzielungsabsicht bei typischen Hobbys	259
III. Der Anscheinsbeweis und die tatsächliche Vermutung zur Feststellung der Überschusserzielungsabsicht bei Ver- mietung und Verpachtung.....	261
1. Von der „Schwierigkeit“, mit der Vermietung i. S. d. § 21 Abs. 1 EStG einen steuerlichen Einnahmen- überschuss zu erzielen.....	261

Inhaltsverzeichnis

2. Der Anscheinsbeweis der Überschusserzielungsabsicht bei Fremdvermietung.....	263
a) Die Betätigungsmotive als Anknüpfungspunkt für einen Anscheinsbeweis.....	263
b) Der Homo oeconomicus als Grundlage für den Anscheinsbeweis der Betätigungsmotive	264
3. Die Vermutung der Überschusserzielungsabsicht bei einer auf Dauer angelegten Vermietung – Typisierter Erfahrungssatz oder normzweckorientierte Auslegung?	265
a) Der Normzweck des § 21 EStG als Maßstab für die Feststellung der Überschusserzielungsabsicht.....	265
b) Zur dogmatischen Einordnung der normzweckorientierten Rechtsprechung.....	267
aa) Die Vermutung der Überschusserzielungsabsicht als Beweisregel auf Basis eines gesetzesimmanenten typischen Geschehensablaufs?	268
(1) Zur Rechtfertigung einer Beweiserleichterung durch den Normzweck	268
(2) Parallelen zu den Grundsätzen der Anscheinsbeweisführung	269
bb) Die Vermutung der Überschusserzielungsabsicht als widerlegliche Vermutung auf der Grundlage einer typisierenden Annahme rechtstatsächlicher Gegebenheiten.....	269
cc) Die Vermutung der Überschusserzielungsabsicht als Ausdruck materieller Typisierung auf der Grundlage normtypischen Verhaltens	270
dd) Die Vermutung der Überschusserzielungsabsicht als Ausdruck eines rein objektiven Liebhabereiverständnisses	273
c) Die Beurteilung der Überschusserzielungsabsicht bei dauernder Vermietung als Anwendungsfall des Anscheinsbeweises	276
aa) Zur Qualifikation als Beweislastumkehr	276
bb) Zur Qualifikation als gesetzliche Tatsachenvermutung.....	277
cc) Zur Qualifikation als Variante der tatsächlichen Vermutung	278
dd) Die Qualifikation der Vermutungsregel als Anscheinsbeweis	279

Inhaltsverzeichnis

4. Die Vermutung der nicht auf Dauer angelegten Vermietung bei einer Veräußerung des Mietobjekts innerhalb von 5 Jahren	280
a) Das Tatsachenmerkmal der Dauervermietungsabsicht	280
b) Die „Fünfjahresregel“ als Erfahrungsregel zur Widerlegung der Dauervermietungs- und der Einkünfteerzielungsabsicht.....	281
c) Die Fünfjahresregel – ein tragfähiger Erfahrungsgrundsatz zur Beurteilung der Dauervermietungsabsicht?	282
aa) Zur Begründung der Fünfjahresregel in der Rechtsprechung und der Literatur zum gewerblichen Grundstückshandel	283
bb) Zur isolierten Bedeutung der Fünfjahresregel bei der Abgrenzung des gewerblichen Grundstückshandels.....	285
cc) Zur Frage der einheitlichen Interpretation des Begriffs der „bedingten Veräußerungsabsicht“	285
dd) Zum Bedeutungsgewinn der Fünfjahresregel durch die Feststellung eines tatsächlichen Werbungskostenüberschusses im Besitzzeitraum	286
ee) Herleitung der Fünfjahresfrist aus § 3 Satz 1 Nr. 2 b FördG?.....	287
ff) Ergebnis: Die Erfahrungsregel der Rechtsprechung zur Feststellung der bedingten Veräußerungsabsicht: Ein bloßes Vorurteil.....	287
d) Die Fünfjahresregel in Verbindung mit Werbungskostenüberschüssen: Kein tragfähiger Erfahrungsgrundsatz zur Beurteilung der Einkünfteerzielungsabsicht	288
5. Konsequenzen aus der Unbegründbarkeit der Fünfjahresregel für die Geltungskraft der Regelvermutung der Überschusserzielungsabsicht	289
a) Die objektive Beweislast für den Nachweis der Dauervermietungsabsicht	289
b) Von der Schwierigkeit, den Nachweis der fehlenden Dauervermietungsabsicht zu führen.....	289
c) Verwirklichung des Normzwecks von § 21 Abs. 1 EStG durch einen Anscheinsbeweis und eine Modifikation der Totalerfolgsprognose.....	290
IV. Ergebnis.....	291

B. Die Qualifikation des gewerblichen Grundstückshandels.....	294
I. Mögliche Anknüpfungspunkte für einen Anscheinsbeweis in der Rechtsprechung zum gewerblichen Grundstückshandel	298
1. Der Tatbestand des § 15 Abs. 2 EStG und das unge- schriebene Tatbestandsmerkmal „keine private Ver- mögensverwaltung“	298
2. Die Fruchtziehungsformel.....	300
3. Die Rolle des Bildes vom Gewerbebetrieb	301
4. Die Drei-Objekt-Grenze als abstrakt-generelle Konkretisierung der Fruchtziehungsformel	301
a) Zur Anwendung der offenen Tatbestandsmerk- male der Fruchtziehungsformel	301
b) Die abstrakt-generelle Konkretisierung der Frucht- ziehungsformel durch die Drei-Objekt-Grenze	303
5. Die „bedingte Veräußerungsabsicht“ in der Recht- sprechung des Bundesfinanzhofs - Tatbestands- oder Typusmerkmal des gewerblichen Grundstückshandels	303
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Ent- scheidung des Großen Senats vom 3.7.1995	304
aa) Die „bedingte Veräußerungsabsicht“ als Klammer zwischen Errichtung und Verkauf	304
bb) Der zeitliche Zusammenhang als Indiz der anfänglichen Veräußerungsabsicht	305
cc) Zwischenergebnis	305
b) Die Entscheidung des Großen Senats vom 3.7.1995	306
c) Die Entscheidung des Großen Senats vom 10.12.2001	306
6. Die Drei-Objekte-Regel in der Rechtsprechung unter dem Eindruck der Entscheidung des Großen Senats vom 10.12.2001	308
a) Die „Drei-Objekte-Regel“ als Erfahrungsregel und widerlegliche Vermutung der Veräußerungsab- sicht	308
b) Die „Drei-Objekte-Regel“ als materiell-rechtliche Rechtsanwendungsregel mit Ausnahmemöglich- keit	311
7. Zwischenergebnis.....	312

Inhaltsverzeichnis

II. Die Absicht der alsbaldigen Veräußerung als zentrales Abgrenzungsmerkmal des gewerblichen Grundstücks- handels und Anknüpfungspunkt für einen Anscheins- beweis	312
1. Typologische und teleologische Herleitung der „bedingten Veräußerungsabsicht“	313
a) Die typologische Herleitung des Untermerkmals der bedingten Veräußerungsabsicht aus dem Bild des Gewerbebetriebs.....	313
b) Die teleologische Herleitung des Untermerkmals der bedingten Veräußerungsabsicht aus der Fruchtziehungsformel.....	314
c) Ergebnis.....	314
2. Präzisierung des Begriffs der „bedingten Veräuße- rungsabsicht“ – Qualifikation zur „Absicht der <i>alsbaldigen</i> Veräußerung“	315
3. Die Absicht der alsbaldigen Veräußerung als subjek- tives Tatsachenmerkmal.....	316
a) Zur Kritik am Merkmal der Absicht der alsbaldi- gen Veräußerung als subjektivem Tatsachenmerk- mal.....	316
b) Objektive und subjektive Abgrenzungsmerkmale im Rationalitätsvergleich.....	317
c) Die Intensität der Marktorientierung – An- knüpfungspunkt oder Grundlage für einen Anscheinsbeweis der Absicht der alsbaldigen Veräußerung?	319
4. Zwischenergebnis.....	320
III. Der Anscheinsbeweis der Absicht der alsbaldigen Veräußerung	320
1. Erfahrungsgrundsätze über die anfängliche Absicht der alsbaldigen Veräußerung.....	321
a) Mehrere Beweisanzeichen als Grundlage eines Anscheinsbeweises?	321
b) Die Aussagekraft des engen zeitlichen Zusammen- hangs zwischen Erwerb/Errichtung und Veräuße- rung	322
c) Die Aussagekraft der Anzahl der veräußerten Objekte	324
d) Die Aussagekraft der kurzfristigen Finanzierung.....	324

Inhaltsverzeichnis

e)	Die Drei-Objekte-Regel – ein tragfähiger Erfahrungsgrundsatz zur Bestimmung der Veräußerungsabsicht?	325
aa)	Die Drei-Objekte-Regel als Kombination zweier Erfahrungssätze	325
bb)	Die Überzeugungskraft der Drei-Objekte-Regel als zusammengesetzte Regel der Lebenserfahrung	325
cc)	Die fehlende Eignung der Drei-Objekte-Regel als Grundlage für den Anscheinsbeweis der Veräußerungsabsicht	326
f)	Fortentwicklung der Drei-Objekte-Regel zur „Drei-Geschäfte-Regel“	327
2.	Die vom Großen Senat formulierten Ausnahmen von der Drei-Objekte-Regel – nachrangige Erfahrungsgrundsätze zur Bestimmung der Veräußerungsabsicht?	329
a)	Die Aussagekraft der Veräußerung vor Bebauung	330
b)	Die Aussagekraft der Bebauung auf Rechnung oder nach Wünschen des Erwerbers	330
c)	Die Aussagekraft nicht fremdüblicher Leistungsbeziehungen zu einem verbundenen Bauunternehmen	331
d)	Zwischenergebnis	331
3.	Zur Entkräftung des Anscheinsbeweises der Absicht der alsbaldigen Veräußerung	332
a)	Der Gegenbeweis durch Darlegung der Beweggründe für den Verkauf	332
aa)	Die restriktive Haltung der Rechtsprechung	332
bb)	Die Bedeutung der konkreten Veräußerungsmotive für die Feststellung der anfänglichen Veräußerungsabsicht	333
cc)	Die Anforderungen an den Nachweis der konkreten Veräußerungsmotive	334
(1)	Folgerungen aus den allgemeinen Anforderungen an den Erschütterungsbeweis	334
(2)	Gesteigerte Anforderungen aufgrund einer Beweismaßabsenkung?	335
(3)	Ergebnis	336
b)	Der Gegenbeweis der langfristigen Vermietung	336
c)	Der Gegenbeweis bei Selbstnutzung	337
d)	Schlussfolgerungen	338

Inhaltsverzeichnis

IV. Ergebnis.....	338
§ 13 Ergebnisse des Vierten Kapitels	340
§ 14 Anscheinsbeweis und tatsächliche Vermutung zwischen Rationalität und Praktikabilität	343
A. Anscheinsbeweis, tatsächliche Vermutung und rationale Rechtsanwendung.....	343
B. Die Regeln der Lebenserfahrung – „gerichtsbekannt und nicht beweisbedürftig“?.....	345
C. Der Anscheinsbeweis – Ein Beitrag zur Steuervereinfachung?	347
I. Steuervereinfachung als Optimierungsproblem zwischen Prinzip und Praktikabilität	347
II. Der Anscheinsbeweis als Brücke zwischen Prinzip und Praktikabilität.....	348
III. Die Vorzüge des Anscheinsbeweises gegenüber der Gesamtwürdigung beim Indizienbeweis.....	350
D. Der Anscheinsbeweis – Unterstellungen, derer sich der Steuerpflichtige nicht recht erwehren kann?	351
Thesen.....	354
Literaturverzeichnis	357
Stichwortverzeichnis.....	397

Abkürzungsverzeichnis

Az.	andere(r) Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AGO	Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten
AK-ZPO	Alternativkommentar zur Zivilprozessordnung, bearbeitet von Ernst Ankermann u.a.
AktG	Aktiengesetz
AktStr	Aktuelles Steuerrecht (Boorberg Verlag)
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
ArchivPF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
Art.	Artikel
Artt.	(die) Artikel
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Beil.	Beilage
Bespr.	Besprechung
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (bis 1997 Sammlung der amtlich nicht veröffentlichten Entscheidungen des Bundesfinanzhofs)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMF	Bundesminister der Finanzen; Bundesministerium der Finanzen
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
Buchholz	Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesverwaltungsgerichts, begründet von Karl Buchholz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

Abkürzungsverzeichnis

BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
Cap.	Capitulum
D.	Digesten
d.	des, der
DB	Der Betrieb
dens., ders., dies.	denselben, derselbe, dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
dt.	deutsche Übersetzung
DV	Die Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft
E	Entwurf
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
Entsch.	Entscheidung(en)
EstG	Einkommensteuergesetz
EstR	Einkommensteuerrichtlinien
etc.	et cetera
f., ff.	folgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FR	Finanzrundschau für Einkommensteuer mit Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer
FS	Festschrift
GewStG	Gewerbsteuergesetz
Großkommentar	Großkommentar zum Aktiengesetz, begründet von Wilhelm Gadow, herausgegeben von Klaus J. Hopt
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (mit GmbH – Report) (Zeitschrift)
Gruchots	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts
GS	Gedächtnisschrift
Hbd.	Halbband
Hdb.	Handbuch
HessFG	Hessisches Finanzgericht
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
HHR	Herrmann/Heuer/Raupach, Kommentar zum Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz
HHSp	Hübschmann/Hepp/Spitaler, Kommentar zur Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.	im, in
i. d. F.	in der Fassung
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft

Abkürzungsverzeichnis

insb.	insbesondere
Inst.	Iustiniani Institutiones
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Ausbildung
JbFfSt.	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
Jhd. / Jhds.	Jahrhundert(s)
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KÖSDI	Kölner Steuerdialog
K/S/M	Kirchhof/Söhn/Mellinghoff, Kommentar zum Einkommensteuergesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
krit.	kritisch
LG	Landgericht
li.	linke (Spalte)
lit.	littera (Buchstabe, Buchstaben)
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
Ls.	Leitsatz
m.	mit
m. A. w.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MüKo-AktG.	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Herausgegeben von Bruno Kropf und Johannes Semler
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Herausgegeben von Kurt Rebmann, Franz Jürgen Säcker und Roland Rixecker
MüKo-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Herausgegeben von Gerhard Lücke und Peter Wax
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.	nach
n.F.	neue(r) Fassung
Nieders.	Niedersächsisches (Finanzgericht)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr., Nrn.	Nummer(n)
n.v.	nicht veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
OFH	Oberster Finanzgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
Preuss.	Preußisches(-n)
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht, Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PrOVGSt.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuersachen
re.	rechte (Spalte)
Rn., Rdnr., Rdnrn.	Randnummer(n)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht des In- und Auslandes

Abkürzungsverzeichnis

rkr.	rechtskräftig
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
Rs.	Rechtsache
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
Slg.	Sammlung
sog.	so genannt
Sp.	Spalte
st.	ständig(e)
Stbg.	Die Steuerberatung
StbJb.	Steuerberater-Jahrbuch
StBKongRep.	Steuerberaterkongress-Report
StMF	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
StuW	Steuer und Wirtschaft
Teilbd.	Teilband
Tz.	Textziffer
u.	und
u.a.	und andere(s)
u. s. w.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	von/vom
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vGA	verdeckte Gewinnausschüttung
vgl.	vergleiche
Vhdl.	Verhandlungen
VjSchrStuFr	Vierteljahreszeitschrift für Steuer- und Finanzrecht
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg.	Die Wirtschaftsprüfung
z.B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (früher unter dem Titel: Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzpraxis)
zit.	zitiert
zutr.	zutreffend
zw.	zweifelhaft
ZPO	Zivilprozessordnung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß